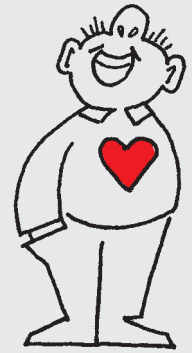


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

12/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder geht ein Jahr zu Ende, und wie üblich schauen wir darauf zurück.

2013 brachte für DIE LINKE in Forst, aber auch für DIE LINKE im Bund viele einschneidende Ereignisse.

So löste bei uns Karsten Fedrich unsere langjährige Ortsvorsitzende Anke Schwarzenberg ab, der wir auch von hier aus noch einmal herzlich für ihre Arbeit danken.

Unsere sehr aktive »AG Soziales« feierte mit vielen interessierten und dankbaren Bürgern unserer Stadt in diesem Jahr schon ihren 5. Geburtstag. Das 100. Jubiläum des Ostdeutschen Rosengartens war für viele Forster ein Höhepunkt des Jahres und wurde von uns, hier vor allem durch unsere Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, kritisch unterstützt und begleitet.

Bei der Bundestagswahl konnten wir in Forst wie auch im Bund ein relativ gutes Ergebnis erzielen.

Im Jahr 2014 geht es munter weiter. Uns erwarten die Europawahlen, die Wahlen zum Kreistag SPN sowie die Wahl der Stadtverordnetenversammlung. Und auch die Entscheidung über die Zukunft unseres Krankenhauses wird im Jahr 2014 fallen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wünschen wir ein gutes Jahr 2014.



Mit dieser Ausgabe verabschieden wir uns in die Weihnachts- und auch in die Winterferien. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ruhige friedliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Unsere nächste Ausgabe erscheint pünktlich im Februar 2014.

Karsten Fedrich
Ortsvorsitzender

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Werschnick
Sprecherin der AG MB

So könnte man's natürlich auch sagen:

Neujahrsgebet eines Pfarrers von 1883

Herr, setze dem Überfluss Grenzen und lasse die Grenzen überflüssig werden.

Nimm den Ehefrauen das letzte Wort und erinnere die Männer an ihr erstes. Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde.

Bessere die Beamten und Politiker, die wohl tätig, aber nicht wohlthätig sind. Lass die Leute meine Predigten verstehen und hilf mir, was ich predige auch selbst zu halten.

Denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. — Amen

Hermann Kappen

Wer sozial denkt ist Populist



So jedenfalls sieht es die CDU-Fraktion, diesmal geäußert von Dr. Wußmann. Nun empfinde ich diese Bezeichnung nicht einmal als unehrenhaft. Populismus bedeutet

laut Definition bei Wikipedia eine um »Nähe zum Volk« bemühte Politik, und damit kann man als Linker wirklich gut leben.

Diesmal wurde uns diese Bezeichnung zugeordnet, weil wir den Abwasserpreis für abflusslose Gruben bei 5,95 Euro je m³ begrenzen wollten. Dies wäre immer noch ein Preis, der 85 % über dem liegt, den Grundstücksbesitzer zahlen, die an das Kanalnetz angeschlossen sind. Nach dem Mehrheitsbeschluss der Stadtver-

ordnetenversammlung müssen die Betroffenen nun 7,24 Euro bezahlen. Dies halten wir für nicht zumutbar und daran wird auch keine noch so toll errechnete Kalkulation etwas ändern.

Als wir vor einigen Jahren vorschlugen, dass unsere Parkplätze in der Innenstadt gebührenfrei sein sollten, wurde unser Antrag abgelehnt. Inzwischen ist der vorletzte Parkautomat am Gutenbergplatz auch verschwunden. Nun können die Besucher der endlich eröffneten Bibliothek den Platz gebührenfrei nutzen und müssen nicht am Straßenrand eine Parkmöglichkeit suchen.

Auch die Errichtung der Bibliothek im Erdgeschoss war einst von uns favorisiert worden und wurde damals durch die Mehrheit der SVV abgelehnt. ► S. 2

Wer sozial denkt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Jetzt gibt es dort Nutzungsbedingungen, die modern und bürgerfreundlich sind. Gut, dass unsinnigen Beschlüssen manchmal technische Grenzen gesetzt sind. Hunde müssen draußen bleiben. Auch im kommenden Jahr werden Hunde den Rosengarten nicht betreten. So hat es die SVV mit großer Mehrheit beschlossen. In unserer Fraktion wurde dies unterschiedlich gesehen, aber auch wir entschieden uns mehrheitlich für diese Regelung zum Schutz der Rosen und sicher nicht zur Freude der Hundebesitzer. Die Beschränkungen gelten allerdings nur für den Rosengarten. Die Wehrinsel ist zukünftig wieder kostenfrei nutzbar. Die SVV hat die Gründung eines Festkomitees »750 Jahre Forst« beschlossen. Wir hoffen, dass diesmal, anders als zum

Rosengartenjubiläum, die Forsterinnen und Forster wirklich ihre Ideen für ein echtes Bürgerfest im Jahr 2015 einbringen können. Allerdings ist Eile geboten. Der Sommer 2015 kommt schneller als man denkt.

Im kommenden Jahr wird erst mal wieder reichlich gewählt und dies führt in den lokalen Parlamenten immer wieder zu hochinteressanten Entscheidungen. So hat die CDU im Kreistag plötzlich die Reduzierung der Kreisumlage um 1 Mio. Euro beantragt und will fast 120.000 Euro für die Instandsetzung touristischer Radwege bereitstellen. Fast gleichlautende Anträge unserer Fraktion wurden im vergangenen Jahr im Kreistag noch abgelehnt. Wir werden die CDU-Anträge natürlich unterstützen. Damit wird allein die Stadt Forst 2014 rund 180.000 Euro mehr im städtischen Haushalt zur Verfügung haben. Wir wer-

Spruch des Monats

»Es hängt von dir selbst ab, ob du das neue Jahr als Bremse oder als Motor benutzen willst.«

Henry Ford

den darauf achten, dass wenigstens ein Teil dieses Geldes bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

In diesem Sinne machen wir auch 2014 weiter und hoffen auf Ihre Unterstützung. Nicht nur an der Wahlurne, aber da natürlich ganz besonders. Am 11. Januar 2014 werden wir unsere Kandidatin für den Landtag wählen und unsere Kandidaten für Kreistag und Stadtverordnetenversammlung nominieren.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

Kreisparteitag des Kreisverbandes Lausitz am 16.11.2013 in Tauer

Am 16. November trafen sich die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Lausitz in Tauer zu ihrem Kreisparteitag.

Die Aufgabe des Kreisparteitages bestand zum einen in der Wahl eines neuen Kreisvorstandes und zum anderen wurden eine Reihe von Delegierten zum Bundesparteitag, Landesparteitag und den Vertreterkonferenzen auf Bundes- und Landesebene gewählt.

Alle diese Wahlen sind notwendig in Vorbereitung der anstehenden Kommunalwahlen, Europawahlen und Landtagswahlen im nächsten Jahr.

Aus dem Ortsverband Forst wurden Karsten Fedrich und Anke Schwarzenberg in den Kreisvorstand gewählt.

In Vorbereitung der Landtagswahlen im September 2014 wurde auch über den Vorschlag des Kreisverbandes zur Aufstellung von Genossinnen und Genossen auf der Landesliste abgestimmt. Die Genossen wählten aus diesem Grund die Genossen Matthias Loehr und Anke Schwarzenberg.



Unser neuer Kreisvorstand (v.l.n.r.): Birgit Kaufhold, Andreas-Paul Mekelburg, Siegrid Mertineit, Karsten Fedrich, Sascha Fussan, Annely Richter (Schatzmeisterin), Lukas Hellwig, Hiltrud Mederake, Christopher Neumann (Geschäftsführer), Carola Kapplick, Anke Schwarzenberg, Matthias Loehr (Kreisvorsitzender); nicht auf dem Foto: Katrin Leppich (stellv. Kreisvorsitzende)

Fotos: privat

Beide werden sich auf dem Landesparteitag im Januar um einen Listenplatz bewerben. Die Teilnehmer des Kreisparteitages gaben beiden Genossen die Unterstützung.

Jetzt hoffen wir alle auf ein gutes Wahlergebnis auf dem Landesparteitag und drücken die Daumen.

Karsten Fedrich
Vorsitzender des
OV DIE LINKE. Forst



Karsten Fedrich gratuliert Anke Schwarzenberger zur Wahl

Am 11.01.2014 von 10:00 bis 12:00 Uhr

findet in Forst, in der »Tuchfabrik«, Otto-Nagel-Str. 6,

die Wahl der/des Direktkandidaten

für den Wahlkreis Forst / Guben / Amt Peitz / Gemeinde Schenkendöbern

zur Landtagswahl am 14.09.2014 statt.

Danach wird am gleichen Ort **ab 12:30 Uhr**

die Wahl der Liste zur Stadtverordnetenversammlung

und die Liste für den WK Forst

zur Wahl des Kreistages Spree-Neiße durchgeführt.

Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem 1. August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleinern Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas –: vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahingegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.

*Kurt Tucholsky als
Peter Panter*

in: Die Weltbühne, 19.07.1932, Nr. 29, S. 98.

»Gelänge das Verbotverfahren, lösten sich die Nazis nicht einfach in Luft auf«

Der Bundesrat hat als einziges Verfassungsorgan beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen neuen Verbotantrag gegen die rechtsextreme NPD eingereicht. Ich bedauere, dass der Bundestag und die Bundesregierung nicht den gleichen Schritt gehen. Eigentlich müsste die SPD sich in der höchstwahrscheinlich kommenden Großen Koalition für eine Beteiligung der Bundesregierung einsetzen. Auch der Bundestag muss noch einmal entscheiden, denn die schärfste Gegnerin des Verbotverfahrens, die FDP, gehört dem Bundestag nicht mehr an und kann auch die Union nicht mehr binden. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass eine

Gesellschaft viele Parteien aushalten muss. Aber die NPD überschreitet die Grenzen, was wir uns als deutsche Gesellschaft nicht leisten sollten. Und deshalb bin ich für ein Verbot der NPD. Eines muss aber auch klar sein: Gelänge das Verbotverfahren, lösten sich die Nazis nicht einfach in Luft auf. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus muss noch zielstrebig geführt werden. Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit müssen ohne eine fehlerhafte Extremismusklausel finanziell abgesichert und inhaltlich ausgebaut werden.

03.12.2013 Gregor Gysi

Eine Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertieft und lobbyhörig ist

Gregor Gysi und Katja Kipping (Foto) halten bei ihrer Pressekonferenz zum Koalitionsvertrag von Union und SPD eine Bilanz der Umsetzung SPD-Wahlversprechen im Koalitionsvertrag mit der Überschrift »Nicht geliefert«

Von Gregor Gysi:

Was lange währt, wird eben nicht immer gut. Die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem wahrscheinlich längsten Finale haben ein erbärmliches Ergebnis gebracht: eine Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertieft und lobbyhörig ist. Die Koalition von CDU/CSU und SPD ist nicht nur von dem Politikwechsel, den die SPD im Wahlkampf versprochen hat, himmelweit entfernt, sondern sie setzt im Kern die Politik von Schwarz-Gelb fort, ergänzt um Sonderwünsche von Horst Seehofer und mit schwerwiegenden Abschlägen für den Osten. Dies ist eine große Koalition, die ganz kleines Karo bringt und in wichtigen gesellschaftlichen Fragen nichts anderes als Stillstand produziert. Ich bin gespannt, wie die SPD-Basis damit umgehen wird, dass ihr Wahlprogramm sich bestenfalls als Randnotiz wiederfindet. Dem Land droht nun eine vier Jahre währende Verwaltung des Status quo ohne Zukunftsimpulse mit fortschreitender sozialer Ungerechtigkeit. In den kommenden vier Jahren werden in Deutschland die Reichen noch reicher und die Armen noch zahlreicher werden. Großkonzerne und Unternehmerlobby haben dieser Koalition ihren Stempel schon aufgedrückt, bevor sie zu regieren beginnt. Wenn sich die Konjunktur nicht wie gewünscht entwickelt, bleibt von den Koalitionsvorhaben nichts übrig, weil sich die Union einer zukunfts-fähigen Finanzierung der Staatsaufgaben durch mehr Steuergerechtigkeit verschließt.

Ein Koalitionsvertrag unterm Diktat der Unternehmerlobby

• Mindestlohn soll erst 2015 und komplett frühestens 2017 kommen, die Ausnahmen für Tarifverträge mit niedrigen Mindestlöhnen treffen vor allem den Osten, aber auch den Westen und bedeuten, dass es in vielen Branchen und vor

ein unausgesprochener Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger

• Die ausdrückliche rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen mit der Ehe bleibt aus. Es gibt kein explizites Adoptionsrecht für eingetragene Partnerschaften. Statt politisch die notwendigen Schritte zu gehen, wartet die große Koalition auf das Bundesverfassungsgericht

• Keine Volksentscheide auf Bundesebene



allem im Osten eben gerade keinen Mindestlohn von 8,50 Euro geben wird. Dass es eine erste Anpassung erst 2018 geben soll ist blanke Realitätsverweigerung. Danach wird der Mindestlohn 2017, wenn er dann wirklich für alle gelten soll, noch 8 Euro wert sein. So kann man Niedriglohn nicht bekämpfen.

• Keine Begrenzung der Managergehälter
• Keine Steuergerechtigkeit
• Rückstellungen der Atomkonzerne zur Bewältigung des Ausstiegs bleiben in der Verfügung der Konzerne, Verzicht auf ein verbindliches Klimaschutzgesetz, stattdessen nur Ziele
• Die Bedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden nur kosmetisch verbessert, es bleibt moderne Sklavenarbeit

Die große Koalition ist ein bürgerrechtlicher Totalausfall

• Vorratsdatenspeicherung wird umgesetzt, sechs Monate sollen alle Daten gespeichert werden, das ist eine Einladung an die NSA, sich weiter zu bedienen, und

Die Koalition ändert nichts an der sich verschärfenden sozialen Ungerechtigkeit im Land

• Keinerlei Änderungen am sinkenden Rentenniveau und an der Rente erst ab 67 – Altersarmut nimmt weiter zu, wie auch die Zahlen des aktuellen Sozialreports gezeigt haben: zwar kommt die sogenannte Mütterrente und auch die Beschäftigte mit 45 Beitragsjahren können vorerst mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen, aber ausgerechnet die ohnehin unzureichende Solidarrente kommt erst 2017, und auch hier bekommt der Osten solange weniger, bis die Rentenwerte angeglichen sind. Nach heutigen Rentenwerten würde diese Lebensleistungsrente im Westen Brutto 844,20 Euro und Netto 756 Euro betragen, im Osten aber nur Brutto 772,20 Euro und Netto noch 691 Euro. Das liegt kaum noch über der heutigen Grundsicherung und ist weit weg von den 980 Euro, die der aktuelle Sozialreport als Armutsrisikorente definiert.

• Bei der Krankenversicherung bezahlen einzig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Kosten des medizinischen Fortschritts

• Halbherzige Mietpreisbremse

• Auch die soziale Ausgrenzung des Bildungssystems bleibt genauso bestehen wie die 16 Bildungssysteme in Deutschland.

linksfraktion.de
27. November 2013

Newsletter

Die Diskrepanz ist nicht hinnehmbar

Laut Medienberichten werden derzeit bundesweit 3 300 ungeklärte Tötungsdelikte auf einen rechtsextremen Hintergrund hin überprüft. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Die Überprüfung ist überfällig. Recherchen von Journalisten und gesellschaftlichen Initiativen weisen bislang drei Mal so viele Tötungsoffer rechtsextremer Gewalt auf, wie die offizielle Statistik einräumt.

Diese bisherige Diskrepanz ist nicht hinnehmbar.

Es geht um Klarheit und häufig auch um Förderansprüche für Angehörige und Hinterbliebene, die bislang verwehrt wurden.

04.12.2013

Der Osten darf kein Anhängsel sein

»Die Kanzlerin schiebt das Thema Osten mal wieder zwischen den Ressorts hin und her. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer Staatsministerin im Kanzleramt mit angemessenem politischem Gewicht«, so Dietmar Bartsch, 2. Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der aktuellen Meldung, dass die Bildungsministerin der alten Bundesregierung, Johanna Wanka, zusätzlich das Amt der Ostbeauftragten übernehmen soll. Bartsch weiter:

»Mit Sicherheit wird Frau Wanka diese Aufgabe nicht schlechter als der bisherige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Bergner, erledigen. Ob sie allerdings die Aufgaben neben ihrem Amt als Ministerin – sollte sie ihr

Amt behalten – kompetent und sachgerecht ausführen kann, bleibt fraglich. Das Amt erfordert ganzen Einsatz. Es kann nicht Anhängsel eines Ministeriums sein.

25 Jahre nach der deutschen Einheit muss die neue Ostbeauftragte die Interessen der Ostdeutschen deutlich hörbar artikulieren. Eine weitere Benachteiligung bei Löhnen und Renten darf es nicht länger geben. Darüber hinaus muss sie die Erfahrungen des Ostens ernst nehmen. Davon können auch westdeutsche Regionen viel lernen, zum Beispiel bei den Agrarstrukturen, dem Kita-Ausbau oder dem Umgang mit Schrumpfungprozessen.«

29.11.2013

Banken verkleinern und öffentlich-rechtlich wie Sparkassen gestalten

Die EU-Kommission verhängt die Rekordstrafe in Höhe von 1,7 Milliarden Euro gegen Banken, die in den Libor-Skandal um manipulierte Referenzzinssätze verwickelt sind. Davon muss die Deutsche Bank mit 725 Millionen Euro den größten Betrag zahlen. Das ist ein überfälliges Signal an die Adresse all der kriminellen Geister, die sich an den Finanzmärkten vor staatlicher Kontrolle noch immer sicher wähnen.

Es wird nur noch abenteuerlicher, dass der Bundestag und die Bundesregierung nicht entscheiden, was die Banken zu tun haben, sondern diese, was Bundestag und Bundesregierung zu tun haben. Allerdings befürchte ich, dass es die Bankkonzerne zwar ein wenig schmerzt, aber nicht genug. Eigentlich müssten die Banken verkleinert und öffentlich-rechtlich wie die Sparkassen gestaltet werden. Dann gäbe es wieder eine Dominanz der Demokratie über die Banken und nicht eine Dominanz der Banken über die Demokratie.

Gregor Gysi, 05.12.2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 14.01.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**

Mi., 15.01.: 18:30 Uhr **AG Soziales**

Di., 21.01.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**

voraussichtlich:

Di., 28.01.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Mo., 03.02.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**

Sozialsprechstunde

am Montag, dem 13.01.2014,

ab 11:30 bis ca. 15:30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung

telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Inkonsequent

Zum Schutz vor Spielsucht fordert der Deutsche Städtetag ein Verbot von Glücksspielautomaten in Kneipen und Spielotheken. Eine Schließung von Banken und Börsen sei allerdings noch nicht geplant.

MK

Geburtstag

06.01.: 81 Jahre Herbert Gottschalk

12.01.: 89 Jahre Alfons Zwick

*Herzlichen Glückwunsch,
unserer Jubilarin, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

Globalisierung

Der milde Herbst tat ein Übriges. Velerorts kam es zu einer Invasion des chinesischen Marienkäfers, der sich zu einer regelrechten Plage entwickelt. Er unterscheidet sich von der heimischen Art: das Rot ist weniger satt, mitunter bräunlich bis schwarz und die Punkte auf dem Panzer lediglich als Rudiment vorhanden. Kurzum, ein schlechtes Plagiat.

GP

Sozialer Wohnungsbau

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben sich Union und SPD auf ein »Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen« geeinigt. Demzufolge will der Bund dem Verkehrsministerium alleine bis 2030 mehr als 17 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, um rund 10 000 öffentliche Brücken zu sanieren.

MK

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.